

Earth Overshoot Day: Extinction Rebellion fordert Einhaltung planetarer Grenzen durch gesellschaftlichen Wandel

Berlin/Hamburg/Frankfurt/Hannover/Essen/Bonn/Osnabrück/Braunschweig/Wiesbaden/
Karlsruhe/Potsdam/Soest, 02.08.2023

Der globale Earth Overshoot Day (Erd-Überlastung-Tag) fällt in diesem Jahr auf den 2. August. Aktivist*innen aus 12 Städten nahmen den Tag zum Anlass, um das Ende der schonungslosen Ausbeutung der physischen und sozialen Ressourcen zu fordern. Es fanden neben einer Blockade in Karlsruhe, auch Veranstaltungen in Hamburg, Hannover und Potsdam statt sowie Mahnwachen in Frankfurt und Soest sowie ein Leichentuch Die-In in Essen. Weitere Aktionen wurden laut der Bewegung aus Berlin, Bonn, Osnabrück, Braunschweig und Wiesbaden gemeldet.

„Unendliches Wirtschaftswachstum missachtet unsere planetaren Grenzen. Mir macht die große Veränderung Richtung Postwachstum, die wir als Gesellschaften im Globalen Norden wagen müssen, Angst. Ich sehe nur keine Alternative. Es wurde viel zu lange gewartet. Ich kann den verantwortlichen Personen nicht mehr länger zusehen und werde aktiv, weil die politischen Instanzen auf entscheidenden Ebenen versagen.“ sagt Marie Hofer aus Braunschweig.

Die Menschheit hat in diesem Jahr in sieben Monaten bereits alle Ressourcen verbraucht, welche die Ökosysteme der Erde innerhalb eines ganzen Jahres herstellen können. Im Jahr 1971 lag dieser Tag noch am 25. Dezember. Deutschlands Erd-Überlastungs-Tag fiel bereits auf den 4. Mai 2023. Hingegen erreicht Indonesien diesen Tag erst am 3. Dezember.

„Es gibt wirtschaftliche und soziale Alternativen zum ewigen Wachstum wie eine gesicherte soziale Existenzgrundlage für alle oder Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur.“ sagt der Aktivist Philipp Bonte aus Osnabrück.

Extinction Rebellion beruft sich auf wissenschaftliche Veröffentlichungen in der Überzeugung, dass die gesellschaftliche Transformation notwendig und möglich ist. Die Bewegung fordert die Anerkennung der ökologischen Notfallsituation sowie den Stopp von fossiler Ausbeutung und die Einberufung von Bürger*innenräten.